

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restameisele 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintr. od. Konturgen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 293

Altensteig, Donnerstag, den 15. Dezember 1927

51. Jahrgang

In einem Waisenhaus 100 Kinder tot.

Quebeck, 15. Dez. Bei einer Feuersbrunst, die in einem Hospiz in Quebec ausbrach, kam eine große Anzahl Waisenkinder in den Flammen um. Das Feuer brach in der zweiten Etage des vierstöckigen Gebäudes aus, das mit 500 Waisenkindern belegt war. Man schätzte die Zahl der Toten auf 100. — 60 Leichen wurden schon gefunden. Eine ganze Anzahl Kinder wird noch vermisst. Zahlreiche Verletzte sind in die Krankenhäuser eingeliefert worden.

waltungsreform niemals zu erzielen. Sie haben aber, wenn sie wirklich durchgeführt werden und wenn man sich bemüht, aus ihnen auch die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, doch wenigstens das eine Gute an sich, daß sie vielleicht am ehesten die Möglichkeiten einer strafferen und einheitlicheren Verwaltung aufzeigen, ja, daß sie geradezu dazu zwingen.

Das böswillige Elsaß

Daß das Deutsche Reich nach 1870 in der Behandlung des wiedergewonnenen Elsaß-Lothringens eine nicht immer glückliche Hand gehabt hat, wird heute von keinem Deutschen mehr bestritten. Aber es kann auch keiner behaupten, daß die Hand Frankreichs, die zur Faust geballt jetzt auf dem Elsaß ruht, auch nur im geringsten glücklicher sei. Im Gegenteil: während es sich bei den Fehlern der deutschen Verwaltung fast ausschließlich um eine Reihe einzelner Mißgriffe handelte, im übrigen aber das Eigenleben des elsässischen Volkstammes sehr weitherzige Berücksichtigung fand, ist Frankreich nach 1918 von vornherein in einem Geiste an seine elsässische Aufgabe herangegangen, der die lebendigen Kräfte dieses sehr selbstbewußten Volkstums notwendigerweise gegen sich mobil machen mußte. Die zentralistische Staatsidee Frankreichs und ihre Anwendung auf das Elsaß mußten den Widerstand dieses wurzelhaften Alemannenstammes geradezu herausfordern. Viele Elsässer, die aus Verärgerung über die deutschen Fehler das Einrücken der Franzosen im Jahre 1918 jubelnd begrüßten, gehören jetzt zu deren erbittertesten Gegnern. Der Ruf nach Autonomie ist heute der politische Kampfruf des Elsaß, und die letzten Ereignisse im Lande selbst wie in der französischen Kammer beweisen, daß auch die schärfsten Gegenmaßnahmen von Paris aus die Autonomiebewegung nicht zu unterdrücken vermögen, sondern sie im Gegenteil befeuern.

In der Richtung ist sich die Autonomiebewegung im wesentlichen einig, nicht allerdings im Ziel. Während die Elsässische Volkspartei und die Fortschrittspartei lediglich eine Verwaltungsautonomie, d. h. also das Recht der Selbstverwaltung ohne gesetzgeberische Form fordern, verlangen die Unabhängige Landespartei, die soeben gegründet wird, und eine Reihe von verwandten politischen Gruppen die Anerkennung des Elsaßes als völkische Minderheit und demgemäß eine weitergehende Autonomie, die etwa der von Frankreich selbst geschaffenen Selbstverwaltung der ruthenischen Minderheit in der Tschekoslowakei entsprechen würde. Die Kommunisten sind auch in dieser Frage am radikalsten und erstreben völlige Selbstverwaltung gegebenenfalls unter völliger Loslösung Elsaß-Lothringens von Frankreich. So verschieden weit auch diese Ziele also gesteckt sind, so liegen sie wie gesagt alle in der gleichen Richtung, so daß man als Mindestforderung der Autonomiebewegung, hinter der durch die genannten Parteien etwa 75 Prozent aller Wähler des Landes stehen, die Selbstverwaltung auf dem Boden der bestehenden staatspolitischen Verhältnisse bezeichnen kann.

Für den französischen Nationalismus ist allerdings selbst diese Forderung bereits unerträglich. Irrgeführt durch die fünfzig Jahre währenden Phrasen von dem Heimweh der entrisenen Tochter vermögen die Franzosen das ihrem Staatsgefühl völlig fremde Verlangen der Elsässer nach selbstständiger und selbstverantwortlicher Leitung ihrer Angelegenheiten ebensowenig auch nur zu verstehen, wie sie die Pflege der kulturellen und volkstümlichen Eigenart dieser, durch die Grenzziehung nach ihrer Ansicht zu Franzosen gewordenen Bevölkerung als mit den primitivsten Forderungen des Patriotismus vereinbar anerkennen können. Und, da sie fünfzig Jahre gelehrt und gelernt haben, daß die Elsässer und Lothringer gute, patriotische Franzosen seien so kann an dem Aufbegehren der „Repatriierten“ natürlich nur jemand anders schuldig sein; nämlich Deutschland. Daß die Unterdrückungsmaßnahmen Poincarés, die Zeitungsverbote, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen den Eigenwillen der damit Bedachten hundertmal stärker entfachen muß, als eine noch so geschickte deutsche Propaganda es je könnte, will den Herren an der Seine nicht eingehen. So kommen sie immer wieder mit angeblichen „Enthüllungen“ deutscher Wählervereine an die politische Wirklichkeit, angefangen von den Berichten über ein deutsches Spionagedbüro in Freiburg i. Br. bis zur Meldung des „Temps“, daß bei den verhafteten Mitarbeitern der Fern von Bulachschen „Zukunft“ automatische Pistolen und Maschinengewehre gefunden seien, die natürlich von Deutschland geliefert sein müssen. Besonders gewandte politische Detektive der französischen Presse haben sogar herausgefunden, daß das Deutsche Reich im letz-

ten Jahre nicht weniger als 200 Millionen in das elsässische Propaganda-Unternehmen gesteckt habe und daß diese Summe sogar im Reichshaushaltsplan natürlich unter verschiedenen Titeln eingestuft gewesen sei. Die Behauptung ist zu absurd, als daß man ernsthaft auf sie eingehen könnte. Aber sie illustriert das „malaise alsacien“, das elsässische Mißbehagen, von dem Frankreich schon seit Monaten besessen ist. Dabei sind derartige „Enthüllungen“ im Grunde nicht außenpolitisch gemeint, sie haben ihre Spitze in erster Linie gar nicht gegen Deutschland, sondern sie sind hauptsächlich Wahlmandat der französischen Rechte, die alles daran setzen, die autonomistische Bewegung bis zu den im Frühommer bevorstehenden Wahlen niederzuschlagen und nach Möglichkeit auszuschalten. Es scheint, als ob die Brutalität des administrativen Vorgehens in der letzten Zeit, mindestens aber vorübergehend, Erfolge gehabt hätte. Zwar ist die Vorgeschichte und die Absicht des Entschuldigungsbriefes Jorns von Bulach, der dieser Tage veröffentlicht wurde, noch nicht bekannt, so daß es zum mindesten verfrüht erscheint, von einem Ende der politischen Laufbahn dieses eigenwilligen Mannes zu sprechen. Aber die Unterdrückung der Presse, die Verhaftungen und Beurteilungen ihrer Führer lähmen die autonomistische Bewegung zweifellos, und das radikale Vorgehen des Elsaßer Kommunisten Huber in der Kammer, das die übrigen elsässischen Abgeordneten zwang, von ihm abzurücken, hat ihr sicherlich auch nicht genützt. Aber diese Erfolge Frankreichs dürften doch nur vorübergehend sein. Ein Volk wie die Elsässer läßt sich nicht von Paris aus diktatorisch regieren und jede neue Unterdrückung wird zwar nicht die Liebe zu Deutschland, aber den Ruf nach Autonomie verstärken. Frankreichs „malaise alsacien“ wird so rasch nicht nachlassen.

Neues vom Tage

Annahme der preussischen Besoldungsregelung durch den Landtag

Berlin, 14. Dez. Im preussischen Landtag wurde am Dienstag die preussische Besoldungsregelung in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten und die Wirtschaftspartei endgültig angenommen.

Annahme der preussischen Besoldungsvorlage im Staatsrat

Berlin, 14. Dez. Der preussische Staatsrat erhob in seiner heutigen Sitzung gegen die preussische Besoldungsvorlage keine Einwendungen, so daß damit die Besoldungsvorlage endgültig in allen Instanzen erledigt ist.

Regierungswahl in Braunschweig

Braunschweig, 14. Dez. Bei der heute im Landtag vorgenommenen Wahl des neuen Ministeriums wurden für die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Abgeordneten Rechtsanwalt und Notar Dr. Jasper, Betriebsratssekretär Steinbrecher und Lehrer Siemers je 23 Stimmen abgegeben. 22 Stimmentzettel waren unbeschrieben. Die Gewählten erklärten, die Wahl anzunehmen zu wollen.

Drohender Bergarbeiterstreik

Waldenburg (Schlesien), 14. Dez. Die Arbeitnehmergewerkschaften des Bergbaues hatten den Arbeitgebern im November eine Forderung unterbreitet, die u. a. eine Erhöhung des Schichtlohnes um 80 Pfennig verlangt. Am Montag tagten hier die Funktionäre der christlichen und der freien Gewerkschaften und lehnten die Antwort der Arbeitgeber als völlig ungenügend ab. Sollten sie nicht eine Antwort bis 20. Dezember im Sinne ihrer Forderung erhalten, dann soll am 22. Dezember die Arbeit niedergelagt werden. Rund 28 000 Bergarbeiter würden dann in den Streik treten.

Vorläufiges Inkrafttreten des Handelsvertrages mit Jugoslawien

Berlin, 14. Dez. Nach Vereinbarung zwischen der deutschen und der jugoslawischen Regierung kommt der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag bereits am 20. Dezember 1927 zur vorläufigen Anwendung. Endgültig wird der Handelsvertrag nach dem demnächst zu erwartenden Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Das lettische Kabinett zurückgetreten

Riga, 14. Dez. Das Kabinett Stajeniefs ist zurückgetreten, ohne die Abstimmung über den auf der Tagesordnung der Kammer stehenden Mißtrauensantrag abzuwarten. Die Stellung der Linkregierung schien seit dem Abschluß des lettisch-russischen Vertrages erschüttert, als sie infolge des Austritts mehrerer Zentrumsabgeordneter aus der Koalition nicht mehr über eine feste Mehrheit verfügte.

Befoldungs- und Verwaltungsreform

Der Reichstag hat in zwei langen Sitzungen sich kämpfhaft abgemüht, das Befoldungsgesetz rasch unter Dach und Fach zu bringen, damit die Reichsbeamten noch vor Weihnachten in Besitz ihrer Befoldungserhöhung kommen werden. Das Gesetz war bis zuletzt so heiß umstritten, daß selbst einzelne Fraktionen (Zentrum und Bayerische Volkspartei) sich in annehme und ablehnende Spalten.

Die Freude über das Gelingen des Gesetzgebungswerkes in der Beamtenschaft darf nun nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Gesetz aus seiner Entstehungszeit und aus der Art, wie es propagandistisch vorbereitet wurde, noch Mängel anhaften, die die Deffektivität treffen. Es hat sich seinerzeit, als die jetzige Regierungskoalition die ersten Versprechungen hinsichtlich einer Befoldungsreform machte, nicht nur kein Widerspruch ergeben, sondern der Plan hat damals grundsätzlich überall Zustimmung gefunden, da die Ueberzeugung längst festen Boden gefaßt hatte, daß ohne ein hinreichend festes Beamtentum der Staat in seinen Funktionen rot leiden müsse. Die Art freilich, wie dann offenbar in wesentlicher Ueberschätzung tatsächlich vorhandener Widerstände Propaganda für die Vorlage gemacht wurde, hat den Arbeiten am Gesetz im Grunde mehr geschadet als genützt, sie hat vor allem auch veranlaßt, daß sich allmählich die Allgemeinheit so sehr mit dem Problem beschäftigte, daß sie überhaupt nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwand. Und es war klar, daß dadurch natürlich alle möglichen Konsequenzen ausgelöst werden mußten, zumal in einem Lande, das wie Deutschland noch immer nicht über eine hinreichende Ernährungsdecke verfügt. Es wäre besser gewesen, wenn man die wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen dieser Gesetzgebung in allen Einzelheiten vorher recht sorgfältig durchdacht hätte. Vielleicht wären dann der deutschen Wirtschaft die schweren Kämpfe, in denen sie sich augenblicklich befindet, erspart geblieben. Vielleicht wäre dann dem deutschen Volk so etwas wie eine Teuerungsschraube erspart geblieben, deren Auftreten heute ja schließlich kein vernünftiger Mensch mehr hinwegleugnen kann. Aber auch die Konsequenzen in reparationspolitischer Hinsicht hätten schon bei den ersten Vorbereitungen stärkere Berücksichtigung finden müssen, als das offenbar der Fall war. Bekanntlich stellt die Befoldungsreform einen der wichtigsten Anstände, die Pariser Gilbert in seinem bekannten Memorandum vom 20. Oktober gemacht hat, dar.

Alle diese Auswirkungen sind von Seiten der Regierungsparteien niemals bestritten worden, und wir verraten heute kein Geheimnis mehr, wenn wir sagen, daß es wegen dieser Dinge mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition gekommen ist, deren Existenz mehr als einmal aus dem gleichen Grunde in Frage gestellt zu sein schien. Von den Führern der Regierungskoalition muß nunmehr aber erwartet werden, daß sie sich mit aller Energie daran machen, die Mängel und Schäden, auf die wir oben flüchtig hingewiesen haben, auszumergen. Der Anfang ist ja bereits mit gewissen Vereinbarungen gemacht, die die Regierungsparteien vor einigen Tagen getroffen haben. Durch diese Vereinbarungen soll eine vernünftige, organisch zu entwickelnde Verwaltungsreform gesichert werden. Ob das nun allerdings in der Form geschehen kann, wie es angekündigt wurde, daß nämlich grundsätzlich jede dritte freierwerdende Stelle im Beamtentum nicht wieder besetzt werden soll außer mit Genehmigung des Finanzministers, will uns einigermassen fraglich erscheinen. Schon bei früheren Gelegenheiten hat man den Versuch eines Beamtensabbaues gemacht und man kann jetzt sagen, daß das damalige Ergebnis nicht nur kläglich, sondern geradezu negativ war. In zahlreichen Fällen hat sich nämlich sehr bald die Notwendigkeit herausgestellt, nicht nur diese Stellen wieder zu besetzen, sondern darüber hinaus noch neues Personal einzustellen, um die liegen gebliebene Arbeit wieder bewältigen zu können. Mit derartigen Experimenten ist eine wirkliche Ver-

Die Kämpfe in China

Hongkong, 14. Dez. (Reuter.) Aus vertrauenswürdigster Quelle wird gemeldet, daß die Kommunisten in Kanton in einer im Namen des „Sowjets von Hongkong“ erlassenen Bekanntmachung die Austottung der Grundeigentümer, die Vernichtung aller Eigentumsurkunden und die Beschlagnahme des gesamten Grundbesitzes anordneten.

Hankau, 14. Dez. (Reuter.) Eine ernste Meuterei soll in Hankau, im Norden der Provinz Hupeh, ausgebrochen sein. Die Soldaten plünderten die Stadt und setzten sie in Brand. Trotz zahlreicher Verhaftungen dauert die Tätigkeit der Kommunisten in der Gegend von Hankau an.

Die Unruhen in Kanton

Hongkong, 14. Dez. Fast 40 Missionare, zum größten Teil Amerikaner und Deutsche, die aus dem Innern des Landes geflohen sind, trafen am Dienstag hier ein.

Schanghai, 14. Dez. Ein Kriegsschiff der Vereinigten Staaten hat im Europäerviertel von Kanton Waffen gelandet, die nach dem amerikanischen Konsulat geschafft wurden. Sie sind zum Schutze der dort untergebrachten Flüchtlinge bestimmt.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 14. Dez. Die in Warschau geführten deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie in Berlin unterrichteten Kreisen verlautet, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der deutsche Delegierte, Reichsminister a. D. Hermes, ist in Berlin eingetroffen, um Bericht zu erstatten und neue Instruktionen einzuholen.

Der italienische Senat genehmigt die italienisch-albanischen Verträge

Rom, 14. Dez. Der Senat genehmigte die italienisch-albanischen Verträge. Der Beschluß wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 14. Dezember.

(Schluß der Dienstag-Sitzung)

Abg. Groß (Str.) wirft der Wirtschaftspartei Demagogie vor. Im Plenum befragte sie die Befassung des Mittelstandes durch die Besoldungsvorlage, während ihr Vertreter im Ausschuß Anträge stellte, die 100 Millionen Mehrausgaben erfordert hätten.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) unterstreicht die Ausführungen des Redneres über die Wirtschaftspartei.

Abg. Torsler (Komm.) verliest einen Brief des Abg. Dr. Stegerwald und erklärt, dieser habe die abgeleiteten Beamten als minderwertig bezeichnet. Für die höheren Beamten habe er sich dagegen warm eingesetzt.

Abg. Lude (WPa.) weist die gegen seine Partei erhobenen Anklagen zurück und erklärt, die von den Regierungsdirektoren im Ausschuß über seine Anträge gemachten Zahlen seien falsch gemessen.

Die Wenderoths

Original-Roman von Marie Harling

(Nachdruck verboten)

„Du bist nicht mächtig, bist nicht wild, bist meines stillen Kindes Bild, Das, ach, mit allen seinen Trieben, Geleitet vor allem, dich zu lieben!“

Ein schlankes, blondes Mädchen von etwa 20 Jahren, welches an einem Fenster des mit großer Schnelligkeit die Landschaft durchschneidenden Sitzwagens saß, murmelte die obigen Dichterworte leise vor sich hin, indes ihre forndblumenblauen Augen mit einem Blick voll unerschöpflicher Liebe das Landschaftsbild umfaßten.

Frühling ist's, ein sonniger Maienitag. Wie ein feines, duftiges Schleiergewebe liegt das erste junge Grün auf Baum und Strauch, die saftig grünen Wiesenränder sind mit bunten Frühlingsblühen übersät. Wie eine blaue Kristallkugel wölbt sich der Himmel über all der leuchtenden Frühlingspracht, von den warmen Sonnenstrahlen losend umspielt. Sehnsuchtsvoll blicken die träumerischen Augen in die so schnell vorübergleitende Pracht und ein glückliches Lächeln umspielt den jungen Mund, als in der durchsichtig klaren Luft die Türme der alten, weißlichen Hauptstadt sichtbar werden.

„Daheim!“ flüstert sie, „daheim! Und doch niemand, der mich hier erwartet. Aber es ist schon ein Glück, wieder in der Heimat zu sein!“

Mit einem Ruck hält der Zug jetzt in der Bahnhofshalle. Das Mädchen setzt schnell das schlichte Reisegütlchen auf die blonden Locken, dann sucht es seine Habzettel zusammen.

„Station W., nach Deerenndorf umsteigen!“ ertönt die Stimme des Schaffners unter dem Fenster.

Die junge Dame steigt eifrig aus und geht auf einen der diensttuenden Beamten zu, um sich nach der Abfahrt des nächsten Zuges nach Deerenndorf zu erkundigen.

„Das hat noch eine Weile Zeit, Fräuleinchen, das Bimmelbahnchen hats so eilig nicht!“ lacht der Gefragte gutmütig. „Um 6 Uhr 10 fährt der Zug!“

Zur gest. Beachtung!

Heute beginnen wir mit dem interessanten Originalroman „Die Wenderoths“ von Marie Harling, worauf wir Leserinnen und Leser aufmerksam machen.

Von der Regierung wird demgegenüber erklärt, daß diese Zahlen auf genauen Berechnungen beruhen.

Abg. Deuer (WPa.) verliest dann eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, daß die bei Einbringung der Vorlage ausgesprochenen Bedenken durch die Ausschußverhandlungen nicht völlig ausgeräumt worden seien.

Damit schließt die allgemeine Aussprache und das Haus geht zur Einzelberatung über.

Die Vertreter der Oppositionsparteien bringen zahlreiche Einzelwünsche vor, die in Anträgen niedergelegt sind.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die ersten 14 Paragraphen der Vorlage in der Ausschlußfassung angenommen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen und auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung am Mittwoch um 10 Uhr. Die Einzelberatung der Besoldungsvorlage wird bei den Nebensatzvorschriften fortgesetzt.

Abg. Lude (WPa.) wünscht Wiederherstellung der Besoldungsvorlage.

Abg. Steinkopf (Cos.) empfiehlt einen gleichen Antrag und erklärt, es sei ein eigenartiger Vorwand gewesen, daß eine Reichsregierung mit einer Vorlage komme und sie nachher selbst bekämpfe.

Die Abg. Köhmann (Cos.) und Torsler (Komm.) wünschen eine bessere Anrechnung der Militärdienstzeit.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) verlangt, daß die Verkürzung des Besoldungsdienstalters vier Jahre nicht übersteigen und nicht verhindern dürfe, daß der Beamte spätestens zwei Jahre vor der Erreichung der Altersgrenze das Endgehalt erhält.

Ministerialrat Weber erklärt, daß die Regierung mit einer Wiederherstellung des § 22 unter keinen Umständen einverstanden sein könne.

Es folgt die Besprechung des Abschnitts Warteneider, Ruhegehälter und Hinterbliebenen-Pflege.

Abg. Schmidt (Dem.) hebt in der Vorlage eine Schädigung der Pensionäre, deren Lebenshaltung mit zunehmender Teuerung immer ungünstiger geworden sei.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) erklärt, die Pensionäre der alten Wehrmacht seien keineswegs in einer bevorzugten Stellung. Eine Pensionsverfälschung würde eine Verfassungsverletzung bedeuten.

Abg. Erjmg (Str.) verlangt eine sachliche Lösung der amerikanischen Fragen und lehnt die Schlagworte der Linken ab.

„O, noch fast 2 Stunden!“ seufzt die junge Reisende. Dann wendet sie sich dem Ausgang zu, um sich in der Bahnhofswirtschaft eine Erfrischung reichen zu lassen.

Der große Wartesaal ist mit schwärmenden, lachenden Menschen angefüllt, nirgends mehr ein bequemes Plätzchen zu erobern. Doch — dort in der Ecke ist noch ein Plätzchen frei. Eiligst lenkt das junge Mädchen seine Schritte dahin, damit nicht jemand anders ihr zuvor komme.

Verflücht lächelnd ist das junge Ding da vor ihm und trostbedürftig scheint sie auch zu sein; na, da will er mal sein Glück versuchen.

„Ei, ei, mein kleines Fräulein, wer wird denn so trostlos blicken an solch sonnigem Frühlingsstag?“ spottet er mit neidendem Blick.

Geführt wendet die Angeredete den blonden Kopf, abwehrend, erzürnt blicken die Blauaugen ihn an. Da geht eine seltsame Veränderung in dem Antlitz des jungen Mannes vor sich, ein feines Rot steigt ihm bis unter die blonden Haarwellen, ein glückliches Leuchten bricht aus seinen Augen.

„Annemarie, Rentmeisters kleine Annemarie! Sind Sie es denn wirklich? Wie in aller Welt kommen Sie denn hierher?“

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederbestellung der Regierungsvorlage bei der Anrechnung des Besoldungsdienstalters wird mit 209 gegen 181 Stimmen abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einstufung der Pensionäre in anderer Weise wie die aktiven Beamten wird mit 209 gegen 184 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag will die Pensionen auf den Höchstbetrag von jährlich 12 000 M. beschränken. Dagegen stimmen mit den Regierungsparteien auch die Demokraten, während die Wirtschaftliche Vereinigung und ein Teil des Zentrums unter Führung der Abg. Joos und Tammel für den Antrag eintraten.

Es folgen die Schlussvorschriften. Hierzu liegt ein Antrag der Regierungsparteien vor, der unter gewissen Bedingungen freizuwählende Beamtenstellen abschaffen will.

Abg. Steinkopf hebt in dem Antrag eine Verfassungsänderung.

Abg. Koch-Weser (Dem.) wendet sich gegen die Bestimmung, wonach Änderungen der Amtsbezeichnungen durch den Reichspräsidenten erfolgen.

Abg. Torsler (Komm.) meint, man gebe den Beamten schlechte Gehälter, stelle ihnen aber neue Titel in Aussicht.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) begründet eine Entschiedenheit, wonach die Reichsbahnbeamten nicht schlechter gestellt sein dürfen als die Reichsbeamten.

Reichsfinanzminister Dr. Koller betont, daß es sich bei dem Antrag der Regierungsparteien um einen Versuch handle, von den vielen Reden über Verwaltungsreform zu einer Tat zu kommen. Der Sinn der Anträge könne natürlich nicht sein, daß die Besoldungsordnung eines Landes bis in die letzten Punkte hinein der Reichsbesoldung gleichen müsse.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den Antrag der Regierungsparteien über den organischen Beamtenabbau an den Ausschuß zurückzuverweisen, wird mit 186 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Der Antrag selbst wird mit 218 gegen 171 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen.

Ebenfalls angenommen werden die Schlussvorschriften. Die dritte Beratung der Besoldungsvorlage wird später erfolgen.

Es folgt die Beratung des Ausschußantrags über die Gewährung einer einmaligen Weihnachtshilfe an die Kleinrentner, für die 25 Millionen bereitgestellt werden sollen.

Abg. Frau Müller-Ottfried (Dn.) bedauert, daß die Behandlung der Kapitalrentner wieder mit der der Sozialrentner verknüpft worden sei. Den Kapitalrentnern gebühre eine Sonderbehandlung. Sie seien die einzigen Kriegsoffer, denen noch keinerlei Rechtsansprüche zustehen.

Abg. Frau Dr. Watz (WPa.) erklärt, ihre Fraktion bedauere auf das Lebhafteste, daß die berechtigten Forderungen der Kleinrentner auf ein Versorgungsgehalt auch diesmal wieder unerfüllt geblieben seien.

Frau Abg. Dr. Lüders (Dem.) wirft den Regierungsparteien vor, sie könnten nur reden, aber nichts tun. Man müsse sich in Grund und Boden hämmen, daß der Reichstag eines 60 Millionenvolkes es nicht fertig bringe, die 100 000 Kleinrentner über Wasser zu halten.

Abg. Frau Arensdorfer (Komm.) fordert, daß 150 Millionen für die Weihnachtshilfe zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Karsten (Cos.) hält die vorgeschlagene Regelung für unzulänglich. Die Deutschnationalen würden für ihre demagogische Haltung bei den Wahlen die Quittung bekommen.

Abg. Frau Teusch (Str.) widerspricht der Darstellung der Abg. Frau Müller-Ottfried und Frau Dr. Watz. Die Verfaßung des Rentengesetzes sei auf einstimmigen Wunsch der Reichsregierung erfolgt und sämtliche Regierungsparteien hätten sich damit einverstanden erklärt. Das Zentrum habe eine gleichmäßige Hilfe für alle Kollektiven gemollt, dabei aber selber nicht die Gefolgschaft der Regierungsparteien erstanden. (Sitz! hört!)

Abg. Schwarzer (WPa.) erklärt, daß noch niemals so ungeschickt Differenzen zwischen den Regierungsparteien vor der Öffentlichkeit ausgetragen worden seien, wie in dieser Frage.

„Für einen Moment blicken die blauen Augen unsicher und erstaunt, doch dann kommt auch in ihnen ein Zug des Erkennens zum Ausdruck.“

„Hans! Hans Trautmann! Wie hat sich der kleine Hans verändert!“ lacht sie schelmisch, ihre schlante, weiße Hand dem wiedergefundenen Jugendgespielen entgegenstreckend.

„Daß ich Sie zuerst in meiner alten Heimat begrüßen darf, das will ich als gutes Omen nehmen, Hans!“

Der junge Mann lacht etwas gezwungen. „Ob es gerade ein gutes Omen für Sie ist, Annemarie, daß Sie dem tohlen Hans zuerst begegnen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Aber nun erzählen Sie einmal, wie kommen Sie hierher und wohin geht die Reise?“

„Die letzte Frage ist schneller beantwortet als die erste. Die Reise geht nach Deerenndorf zu den Wenderoths auf Haus Affen. Frau Wenderoth sucht eine Gesellschafterin und hat mich als solche engagiert.“

Hans Trautmanns Gesicht verfinstert sich. „Zu Frau Erika Wenderoth wollen Sie? Na, ich weiß nicht, kleine Annemarie, ob Sie zu dieser Frau passen. Nun sehen Sie aber nicht gleich so erschrocken aus, aufpassen werden die Wenderoths Sie nicht gleich und im schlimmsten Falle bin ich auch noch da!“

Annemarie blickt mit mattem Lächeln in das Gesicht des Jugendfreundes.

„Nun, sehen Sie, Hans, da ist es doch ein gutes Omen, daß ich Ihnen zuerst begegne bin. Kennen Sie denn die Wenderoths?“

„Wie meine Westentasche!“ lacht Hans etwas spöttisch. „Mein Forsthaus liegt nicht weit von Affen. Wohlbestallter Oberförster in Staatsdiensten im Forsthaus Eichenkonk“, stellt er sich dann mit neckischer Verbeugung vor.

„Aber bitte, keine Annemarie, nun erzählen Sie zuerst ein wenig von sich!“

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 15. Dezember 1927.

Schneefall. Ueber Nacht trat Schneefall ein und hüllte die Landschaft in ein prächtiges Winterkleid. Der Schnee ist zwar naß und es wird sich fragen, ob er hält. Weihnachtsstimmung verbreitet aber nun die Natur und die Kinder jubeln vor Freude über den Schneefall.

Aenderung der Landesfürsorgeverordnung. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Landesfürsorgeverordnung festgestellt. Dem früheren Erlassen des Landtags entsprechend, wonach den Kriegsbeschädigten eine stärkere Vertretung in der Landesfürsorgebehörde gegeben werden soll, wird in dem Entwurf vorgeschlagen, die Landesfürsorgebehörde um zwei Mitglieder zu verstärken. Einem Antrag der Landesfürsorgebehörde entsprechend soll gleichzeitig die Zahl der Mitglieder des Ausschusses, der die laufenden Geschäfte der Landesfürsorgebehörde besorgt, von vier auf sechs erhöht werden, wodurch es möglich wird, neben den Vertretern der früheren vier Landarmenverbände je einen Vertreter der freien Wohlfahrtspflege und der Fürsorgebedürftigen zuzuziehen. Der Entwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

Aus dem Oberamt Tübingen

1. Amtliches. (Straßenperze bei Huzenbach im Rurgtal.) Das Oberamt und das Württ. Straßen- und Wasserbauamt machen bekannt: Bei der Ausführung der Teer-Balkenstraßen auf der Rurgtalstraße bei Huzenbach zeigt sich der Schwerverkehr sehr schädigend, weil trotz der amtlichen Bekanntmachung vom 1. ds. Mo. die betreffende Straßentrasse von den meisten Fahrzeugen mit mehr als der Hälfte der üblichen Lasten befahren wird. Die Straße wird deswegen zwischen dem Bahnhof Huzenbach und dem Sägewerk Braun und Köhler — Straßentrecke 16,500 bis 18,000 — mit sofortiger Wirkung für jeden Schwerverkehr in der Weise gesperrt, daß gewöhnliche Fahrzeuge mit nicht mehr als 40 Zentner Gesamtlast und alle Lastkraftwagen mit Auslast nicht mehr über sie fahren dürfen.

Tübingen, 14. Dez. (Vom Rathaus.) Für das kommende Jahr ist ein Walzplan aufgestellt, der an die Forderungen der Stadt die höchsten Anforderungen stellen wird. Die Baukommission hat beschlossen, die Bewalzung der Bahnhofstraße in den Walzplan aufzunehmen, dagegen die Bewalzung der Rippoldsauerstraße aus finanziellen Gründen zurückzustellen und die Uebernahme dieser Straße in die Unterhaltung des Staates zu beantragen. Was die Bahnhofstraße selbst anbelangt, so kommt der Vorliegende auf die Ausführungen von Schultheiß Berger im Gemeinderat zu sprechen, die dahin gehen, daß die Bahnhofstraße aus der Unterhaltung der Amtsförperschaft herausgenommen und in die Unterhaltung der Stadtgemeinde übernommen werden soll. Für die Zustimmung der Stadtgemeinde zu dem Straßenunterhaltungstatut der Amtsförperschaft sei seinerzeit maßgebend gewesen, daß die Bahnhofstraße als Jahresstraße und Nachbarschaftstraße in die Unterhaltung der Amtsförperschaft übernommen worden sei. Es lasse sich darüber sprechen, das ganze Straßenunterhaltungstatut der Amtsförperschaft aufzuheben, nicht aber nur einzelne Teile desselben. Der Vorliegende erklärt, er werde sich auf das äußerste wehren, daß die Bahnhofstraße in die Unterhaltung der Stadtgemeinde zurückgegeben werde. Sie sei heute noch nichts anderes als Bahnhofstraße. Wenn aber dieser Paragraph aufgehoben werde, dann müsse das ganze Statut aufgehoben werden. Was die Rippoldsauer Straße betrifft, so ist die Baukommission der Ansicht, daß diese Straße nicht so sehr dem Nachbarschaftsverkehr, als dem Durchgangsverkehr diene, mindestens in demselben Maße wie die Straße nach dem Kniebis oder nach dem Ruhestein und stellt daher den Antrag, daß die Rippoldsauer Straße in die Unterhaltung des Staates übernommen wird.

Diesem Antrag stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Die Straße wird daher vorläufig nicht in den Walzplan aufgenommen; auch wird der Uebernahme der Straße des kath. Kirchenstiftungsfonds in die Unterhaltung der Amtsförperschaft nicht zugestimmt. Die Rippoldsauerstraße soll vom Promenadenplatz bis zur Stadtwirtschaft ein Granitpflaster und zwar ein Schmalpflaster erhalten. Von der Stadtwirtschaft hatbestimmte soll die Straße mit Teerababam versehen werden. Zu der von G.H. Witten gemachten Anregung, von der Stadt bis zur Krone ein Pflaster zu legen, bemerkt Stadtbauamtsmeister Glaser, daß die Ausführung eines Pflasters jetzt verfehlt wäre. Dem Pflaster müsse ein taubes Untergrund geschaffen werden, was sich erst nach genügender Senkung der Wasserleitungsgräben ermöglichen lasse. Das Stadtbauamt wird nunmehr für sämtliche zur Bewalzung vorgeschlagenen Straßen einen Kostenvoranschlag aufstellen, sobald die Offerten für Balken- und Hornbleibschotter vorliegen. Das Stadtbauamt erhält die Ermächtigung, die Befuhr des Baiersbrunner Schottermaterials jetzt schon vorzunehmen, wenn die Bezahlung einige Monate gestundet wird, da für diese Ausgaben keine Mittel in diesjährigen Etat vorgegeben sind. — Erhöhung des Wartegeldes der Hebammen. Auf Verlangen des Innenministeriums hat das Oberamt in letzter Zeit Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Hebammen des Bezirks angestellt. Es bezeichnet das Wartegeld von 180 Mark jährlich als viel zu niedrig. Der Gemeinderat beschließt auf Antrag der Dekretionskommission, das Wartegeld auf den Mindestsatz von 200 Mark jährlich zu erhöhen. Dagegen wird dem Ersuchen um Uebernahme der Beiträge für die Angestelltenversicherung einer Hebamme nicht stattgegeben. — Den Hebammen Frau Gaiser und Frau Fischer, die in diesem Jahre auf eine Dienstzeit von 31 bezw. 30 Jahren zurückblicken können, wurde eine Jubiläumsgabe von je 25 Mark bewilligt. — In einer Eingabe, die von fast sämtlichen Obsthändlern unterzeichnet ist, wird der Gemeinderat ersucht, es bei der Abschaffung des Ausschleissens endgültig zu belassen, da es sich um einen alten Post handle. Gleichzeitig wird um Einführung von Markttagen gebeten, und zwar für die Sommermonate Mittwoch und Samstag und für die Wintermonate Samstag je bis vormittags 11 Uhr. Auf Antrag der Baukommission wird beschlossen, in den Sommermonaten drei Markttag, und zwar Dienstags, Donnerstags und Samstags einzurichten. An den übrigen Tagen muß der Markttag frei sein. — Im Laufe des Winters muß mit einem stärkeren Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Für diesen Fall sind rechtzeitig Kostendarstellungen bereitzustellen und die Anträge auf Förderung alsbald einzureichen. Die Baukommission hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und beantragt als Kostendarstellung in erster Linie die Fertigstellung der Ringstraße und der Falkenstraße von der Rusbacherstraße

bis Stuttgarterstraße. Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Beschluß der Baukommission, die Ring- und Falkenstraße als Kostendarstellung anzunehmen, einverstanden. — Das Oberamt ist nicht damit einverstanden, daß die Parzellen Kniebis und Zwißelberg von der Trichinenschau ausgenommen werden. Da die Trichinenschau gleichzeitig mit der Fleischschau vorgenommen wird und keine besonderen Kosten entstehen, erklärt sich der Gemeinderat mit der Bormahme der Trichinenschau auch in Kniebis und Zwißelberg einverstanden, wenn auch nicht eingesehen werden kann, daß die Trichinengefahr in Kniebis-Freudenstadt größer sein soll als in Kniebis-Baiersbrunn. — Die städtischen Waldarbeiter erhalten in gleicher Weise wie die städtischen Arbeiter eine einmalige Beihilfe. — Bekanntlich hat der Gemeinderat aus Anlaß des 50jährigen Dienstjubiläums von Amtsdirektor Dr. Hartmann die Hartmannstiftung wieder erneuert. Die Zinsen aus dieser Stiftung im Betrag von 450 Mark kamen heuer zum erstenmal als Weihnachtsgabe an hiesige bedürftige Familien in Beträgen von je 20 Mark zur Verteilung.

Freudenstadt, 14. Dez. (Der vermiste Sohn.) In dieser Zeitung wurde schon vor einigen Tagen aus Tübingen berichtet, daß der Sohn des Apothekers König hier, der in Tübingen studiert, dort vermißt wird. Sein Verschwinden ist immer noch nicht aufgeklärt. Seit dem Abend des 1. Dezember wird der junge Mann vermißt. Weder seine Verwandten noch seine Eltern noch seine Verbindung haben seit jenem Tage irgend welche Nachricht von ihm erhalten und es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Groß ist die Sorge der Eltern um den einzigen, zu den schönsten Hoffnungen berechtigenden lebenswürdigen Sohn, dessen plötzliches Verschwinden völlig rätselhaft ist.

Aus dem Lande

Stuttgart, 14. Dez. (Ausstellung.) Ein Teil der in der Weißenhofsiedlung ausgestellt gewesenen Möbel, gefertigt von württ. Schreinermeistern und Industriellen nach Künstlerentwürfen von Werkbundarchitekten, ist im staatlichen Ausstellungsgebäude Kanzleistraße zur öffentlichen Besichtigung gegen freien Eintritt ausgestellt.

Arbeiterentlassungen bei Daimler. Dieser Tage wurden, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, von der Daimler-Benz-A.-G., Werk Sindelfingen, 80 Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen. Die Entlassenen sind zur Hälfte Hilfsarbeiter (Holzplaharbeit) und zur Hälfte Maschinenarbeiter der Holzbranche. Nach Mitteilungen vom Werk Unterlützellheim soll der monatliche Ueberschuß 200 Wagen betragen, die gelagert werden.

Offenau O.A. Nedarzum, 14. Okt. (Tödl. Verunglück.) Beim Reinigen des Schlammabfusses der hiesigen Marmorwerke ist der verheiratete Arbeiter Karl Pfisterer von Gundeisheim dadurch tödlich verunglückt, daß während der Arbeit eine Wand des Bassins einstürzte. Drei weitere Arbeiter waren in Gefahr, konnten aber dem Tode noch entkommen.

Handel und Verkehr.

Getreide

Berliner Produktendörse vom 14. Dez. Weizen märk. 227-230, Roggen märk. 227-230, Gerste 225-226, Hafer märk. 199-200, Reis promer Berlin 210-212, Bismarck 20.50-21.75, Roggenmehl 20.75 bis 22, Weizenmehl 18, Roggenmehl 18, Raps 245-250, Distelkörner 51-57, H. Weizenkörner 22-25, Distelkörner 21-22, Allgemeine Tendenz: nach Schwachem Beginn erholt.

Märkte

Heilbronner Schlammviehmarkt vom 14. Dez. Kalber: 3 Bullen, 67 Kinder, 13 Rinder, 64 Kälber, 329 Schweine. Preise: Bullen a 50-52, Kinder a 57-58, Kälber a 22-25, Schweine a 27-31, Kälber a 72-76, Schweine a 64-68, b 60-63. A. Marktverlauf: mäßig belebt.

Gemeinde Zwerenberg

Stammholz-Verkauf

Die Gemeinde verkauft im Wege des schriftlichen Meistgebots folgendes Stammholz:

- Los 1 in Distrikt Allmand:**
 - Tannen Langholz 17 Festmeter I., 45 II., 32 III., 23 VI., 15 V., 3 VI. Klasse.
 - Tannen Sägholz 1 Festmeter IV., 1 V. Klasse.
 - Forschen Langholz 4 Festmeter I., 4 III., 4 IV., 1 V. Klasse.
- Los 2 in Distrikt Mih:**
 - Forschen Langholz 2 Festmeter I., 12 II., 12 III., 6 VI., 4 V., 1 VI. Klasse.
 - Forschen Sägholz 4 Festm. I., 1 II., 4 III., 1 IV., 1 V. Kl., Tannen Langholz 1 Festmeter II., 1 III. Klasse.

Das Holz ist verglichen gemessen und wird nach geraden und ungeraden em berechnet. Schriftliche Angebote in Proz. der neuen Grundpreise sind bis 19. Dez. 1927, nachm. 1/3 Uhr einzureichen. Zusage wird vorbehalten.

Gemeinderat.

Leih-Briefordner
Leih-Ablegemappen
Leih-Schnellhefter
 sind stets vorrätig und preiswert zu haben in der
W. Rieker'schen
Buch- und Schreibwarenhandlung
 Altensteig.

Letzte Nachrichten.

Die Besoldungsordnung angenommen

Berlin, 14. Dez. In der heutigen Sitzung des Reichstags über die Besoldungsreform wurde nach der dritten Lesung in der namentlichen Schlussabstimmung das Besoldungsgejetz mit 133 gegen 53 Stimmen bei 16 Enthaltungen endgültig angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und der Bayerische Bauernbund.

Behinderung der Schifffahrt durch Nebel und Stürme
Newyork, 14. Dez. In den hiesigen Häfen sind heute 32 Schiffe eingelaufen, die infolge von Nebel und Stürmen eine Verspätung von 1 bis 3 Tagen hatten.

Explosion in einem englischen Kohlenbergwerk
London, 14. Dez. In einem Kohlenbergwerk bei Whitehaven wurden vier Personen durch eine Explosion getötet.

Das amerikanische Flottenbauprogramm vor dem Kongreß
Washington, 14. Dez. Marineminister Wilbur unterbreitete dem Kongreß heute sein Flottenbauprogramm, dessen Kosten auf 700 Millionen Dollar geschätzt werden und das den Bau von 25 Kreuzern, 9 Zerstörern, 32 U-Booten und 5 Flugzeugmutter Schiffen vorsieht. Im Falle der Einderung einer internationalen Konferenz zur Beschränkung der Seerüstungen würde der Präsident die Ermächtigung zur Einstellung der weiteren Bautätigkeit erteilen.

Linbergh in Mexiko gelandet

Mexiko, 14. Dez. Linbergh ist hier 14.30 Uhr (amerikanischer Zeit) gelandet.

Mexiko, 14. Dez. Linbergh erschien kurz nach 2 1/2 Uhr über dem hiesigen Flugfeld und landete unter dem Jubel einer ungezählten Menschenmenge. Tausende durchbrachen bei der Landung die Polizeifette, um Linbergh zu begrüßen.

Mexiko (Stadt), 14. Dez. Nach seiner Landung wurde Linbergh von der Polizei zu einem Automobil geleitet, das ihn zum Standplatz des Präsidenten Callas brachte. Während eine Kapelle die amerikanische Nationalhymne spielte, wurde Linbergh zuerst von Calles, dann vom amerikanischen Botschafter begrüßt. Der Flug Linberghs hat insgesamt 27 Stunden 10 Minuten gedauert.

Vertagung der Verhandlungen in der Großindustrie
Düsseldorf, 14. Dez. Die heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und den Vertretern der Arbeitnehmer in der Großindustrie sind, wie das W.T.V. erfährt, heute abend vertagt worden.

Unfall des Berlin-Münchener D-Zuges

München, 14. Dez. Von dem D-Zug Berlin-München entgleiten bei Hochstadt die Lokomotive und der Packwagen. Sieben Personen wurden durch herabfallende Gepäckstücke verletzt.

Vergleichsverfahren

Frida Göh Witwe, Parfümeriehandlung in Ulm.
Konturje
 Eugen Horlacher, Seifenfabrik in Sigmaringen.
 Paul Kible, Landwirt in Immenried O.A. Wangen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Gemeinde Ebershardt



Langholz- und Stangen-Verkauf

Am Samstag, den 17. Dezember ds. Js., nachm. 2 Uhr kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich **4 Lose Langholz** aus dem Gemeindevwald Allmandsichten, Hohen Egart und Heiligenwald zum Verkauf.

Schriftl. Angebote sind nach der staatl. Forsttaze 1928 Losweise getrennt bis zu obigem Zeitpunkt beim Schultheißenamt einzureichen. Zuschlag wird vorbehalten.

- Los I Allmandsichten**
 - Nbt. 4, 6 und 7 von Nr. 1 bis 88 mit 25,49 Festmeter,
- Los II Hohen Egart**
 - Nbt. 1 und 3 von Nr. 89 bis 153 mit 22,88 Festmeter,
- Los III Hohen Egart**
 - Nbt. 2 von Nr. 154 bis 196 mit 27,06 Festmeter,
- Los IV Heiligenwald**
 - von Nr. 197 bis 227 mit 17,61 Festmeter.

Im Anschluß hieran verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus im öffentl. Aufstreich
 Stangen von 12 bis 15 Meter: 52 Stück,
 Stangen über 15 Meter: 73 Stück,
 Hagstangen, zu Gerüststangen geeignet,
 von 9 bis 12 Meter: 95 Stück.

Den 14. Dezember 1927.

Gemeinderat.



Weihnachts-Geschenke

in reicher Auswahl und zu allen Preislagen empfiehlt die **W. Rieker'sche Buchhdlg. Altensteig.**

Im Zeichenaal der Städt. Gewerbeschule in Altensteig findet am Sonntag, den 18. Dez. eine **Ausstellung** von Schülerinnen-Arbeiten der Städt. Frauenarbeitschule statt. Alle Eltern der Schülerinnen, Lehrer und Interessierten sind zum Besuch der Ausstellung hiermit freundl. eingeladen. Geöffnet von 11 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm. Die Lehrerin: **L. Steiger**

Das Nagolder Heimatbuch sowie **Heimatkunde vom Oberamt Calw** empfiehlt zu geeigneten Weihnachtsgeschenken **W. Rieker'sche Buchhandlg., Altensteig**

Wollen Sie ein Geschenk kaufen?
Dann kommen Sie zu mir, Sie finden für Jedermann etwas Passendes und Preiswertes
Jacob Hanfelmann, Simmersfeld.

Färberei u. chem. Reinigungsanstalt Eugen Schaupp, Stuttgart-Berg
empfehl ich im Färben und Reinigen: von Herren- und Damengarderoben:
Mäßige Preise: Prompte Bedienung
Annahmestelle in Altensteig bei **Lydia Schaupp, Marktplatz.**

Gestrickte Sweateranzüge
für Knaben in vielen Farben

bis 3 Jahre alt	6.20, 6.75, 7.10, 7.70, 8.80, 9.—, 9.45,
Größe 1	9.75, 10.50, 10.60, 10.80, 11.40, 12.70, 13.50, 14.50, 15.50, 15.80, 16.40, 16.50, 16.80, 16.90
bis 5 Jahre alt	7.—, 7.20, 7.50, 7.80, 8.40, 8.80, 9.50, 9.70, 9.90, 10.50, 10.80, 11.80, 12.—, 12.60, 14.20, 15.10, 15.50, 15.80, 15.90, 17.70, 18.—, 18.30
bis 7 Jahre alt	7.70, 7.80, 8.—, 8.25, 8.60, 9.20, 10.40, 10.75, 11.50, 11.85, 13.—, 16.—, 16.50, 16.90, 17.50, 20.—
bis 9 Jahre alt	8.50, 9.—, 9.30, 9.50, 11.80, 12.—, 12.60, 12.90, 13.60, 14.—, 16.10, 16.80, 17.50, 18.80, 19.20, 21.40, 21.70
bis 11 Jahre alt	bis 14 Jahre alt
Größe 5	bis .K 21.65 Größe 6 bis .K 23.45

Paul Rüdtele, am Markt, Calw.

Allen Auslandschwaben
dient die alteingeführte Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur für das Ausland. Wenn Sie einen ihnen verwandten, befreundeten oder bekannten Landsmann im Ausland haben, dann geben Sie dieselbe genaue Adresse dem Schwäbischen Merkur, Stuttgart, Königsstraße 20, und es geht auch an ihn der **Gruß der Heimat!**

Holz-Musik-Instrumente sowie **Schall-Platten** empfiehlt die **Fr. Lauk'sche Buchhandlung Nagold.**

Zu passenden Weihnachts-Geschenken empfehle ich in schöner Auswahl:
Gesangbücher und Tragtäschchen
Gebet- und Predigtbücher
Schul- und Bilderbücher
Geschäftsbücher
Kochbücher
Bergführer
Briefkastetten
Abreißkalender
Postkartenalbum
Poesie- u. Schreibalbum
Reißzeuge u. Reißschiene
Winkel u. Farbschachteln
Schreibetui, Tintenzeuge
Briefordner, Federkasten
Photographie- u. Rahmen
Kunstablätter
Schöne gerahmte **Bilder und Spiegel**
Ferner halte mich im Einrahmen von Bildern jeder Art, sowie Brautkränzen best. empf.
A. Großmann, Buchbinderei.

Käse! Achtung! Käse!
Prima Ia Stangenkäse, Pfund 55 $\frac{3}{4}$, Frühkäse, 25 $\frac{1}{2}$, 120 u. 80 Gramm, Stück 18 u. 12 $\frac{3}{4}$. Sortierte Packung Colli franco .K. 7.—. Bei 30/60/80-Pfund-Kisten franco, an Unbekannte per Nachnahme.
Ludwig Zenger, Käsefabrikation
Heinstetten, Amt Neukirch (Baden).

VON KEINER SEITE
können Sie Ihre Bücher billiger und bequemer kaufen als in der **W. Rieker'schen Buchhandl.**
Fernsprecher 11 Altensteig Fernsprecher 11

Nagold.
Gasthof zum Löwen
Saalbau-Eröffnungsfeier
am Sonntag, 18. Dezember 1927 von nachmittags 3 bis 7 und 8 bis 12 Uhr unter Mitwirkung der gesamten Stadtkapelle Nagold (Leitung städt. Musikmeister Cortschewski) wozu höflichst einladet **Familie Kurlenbaur.**

Inserate für die Sonntagsummer bitten wir frühzeitig anzugeben.

Papier-Servietten
Krepp oder Damast Liefer mit oder ohne Aufdruck die **W. Rieker'sche Buchhdlg. Altensteig.**

Altensteig Bleyle's
Jacken
Röcke
Pullover
Sweater
Hosen
bei **Chr. Krauss**

W. Forstall Altensteig. Nadelstammholz-Verkauf.
Am Donnerstag, den 22. Dezemb. 1927 vorm. 10 Uhr in Altensteig im Gasthof zum grünen Baum laus dem ganzen Forstbezirk 1050 Hk. 851 Ea mit Fm. Langh. 173 I., 204 II., 142 III., 87 IV., 185 V., 108 VI., 54 b. 10 L., 6 II., 7 III., 4 IV., 599 Fm. mit Fm. Langh. 67 I., 91 II., 24 III., 17 IV., 102 V., 13 VI. Sdgh. 14 L., 2 III., 1 IV., 3 V. Kl. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, O. f. G. Stuttgart.

Sportwesten für Damen und Herren
Pullover Pelzjacken
Geftr. die **Männertwesten**
Sport- und Arbeitshosen
Schirme u. Stöcke
empfehl ich zu billigsten Preisen **W. Hammann Zwerenberg.**

Verkaufe morgen Freitag, den 16. d. M. schöne, starke **Milch- und Lämmer-Schweine** (Schwarzscheden) in meinem Stall zu billigen Preisen **Biedmann, Altmühle.**

